

Fakten und Argumente



Tausende Lkw-, Bus- und Taxifahrer protestieren vor dem Brandenburger Tor gegen steigende Mineralölpreise und für die Aussetzung der Ökosteuern.



Willkürliche Anpassung der Rente endgültig **verhindert**

Ob CDU und CSU der Rentenreform, wie sie Walter Riester jetzt vorgelegt hat, zustimmen – „darüber werden wir erst am Ende der parlamentarischen Beratungen entscheiden“.

Parteivorsitzende Angela Merkel nach einer Präsi-

umssitzung am 25. September: „Auf Druck von CDU und CSU hat sich die Bundesregierung von der willkürlichen Anpassung der Rente nach Inflationsausgleich verabschiedet und wird 2001 zur Nettolohnanpassung zurückkehren.“

Fortsetzung Seite 3

INHALT

RUPRECHT POLENZ:
Wir machen weiter Druck,
bis die rot-grüne
ÖK.O.-Steuer fällt
SEITE 4

MARIA BÖHMER:
Ein 10-Punkte-Programm
macht noch keinen
Internet-Kanzler
SEITE 14

DOKUMENTATION:
Weg mit dieser
ÖK.O.-Steuer.
Fakten und Argumente

Eichels Kritik **entlarvt** die „Ökosteuer“ als rot-grüne Lebenslüge

Zu den jüngsten Äußerungen des Bundesfinanzministers Eichel, dass ab 2002 das Aufkommen aus der Ökosteuer nicht mehr für die Rentenkasse verwendet werden müsse, erklärte Generalsekretär Ruprecht Polenz:

Kaum sieht sich Finanzminister Eichel öffentlicher Kritik ausgesetzt, wirft er die Zielrichtung seiner Ökosteuer selbst über den Haufen. Fehlende Koordination und Zerstrittenheit prägen das Bild der Regierung. Der Finanzminister sagt „hüh“, der Kanzler sagt „hott“, und Politikkommissar Müntefering versucht es glatt zu bügeln. Gewohnt sich an PR-Richtlinien zu orientieren, weiß die Regierung nicht mehr, was sie wollen soll.

Eichels Vorstoß, ab 2002 die Einnahmen der (Ö)K.O.-Steuer nicht mehr zur Senkung der Rentenbeiträge zu nutzen, entlarvt diese Ab-

gabe als Willkürsteuer. Das ist die Kapitulation Eichels vor der Realität. Eichels Kritik entlarvt die „Ökosteuer“ als Lebenslüge der rot-grünen Koalition. Es wird Zeit sie zu beerdigen. Mit der unseligen (Ö)K.O.-Steuer



knüpft die Schröder-Regierung nahtlos an die wirre Nachbesserungspolitik des vergangenen Jahres an. Vom 630-Mark-Gesetz über die Regelung zur Scheinselbstständigkeit bis zum gescheiterten Staatsbürgerschaftsrecht: Nur Stückwerk und Frickelei. Kaum ein Konzept der Schröder-Regierung ist zu ende gedacht. Diese nach-

lässige und unsaubere Regierungsarbeit führt zu großer Verunsicherung der Menschen in unserem Land.

Vor allem Speditionen, Taxiunternehmen und deren Angestellte sind die Leidtragenden einer unkoordinierten und undurchdachten Politik. Schröder und Eichel treiben viele Unternehmen in den Kampf ums nackte Überleben. Sie gehen mit den Menschen ignorant und hochmütig um, die die Sorge um ihren Arbeitsplatz und um ihre Zukunft zum Protest treibt. Dieses Verhalten gefährdet den sozialen Frieden in unserem Land.

Die CDU Deutschlands nimmt sich der Sorgen der Menschen an. Wir unterstützen die friedlichen Proteste der Fernfahrer und Speditionen. Das Ziel ist klar: Weg mit dieser (Ö)K.O.-Steuer.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementpreis: jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

DEMONSTRATION IN BERLIN

Rot-Grün treibt die Menschen zum Protest



Tausende Fern- und Busfahrer haben am 26. Sept. vor dem Brandenburger Tor gegen die hohen Energiepreise demonstriert.

Hermann Grewer, Präsident des Bundesverbandes Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung (BGL), sprach sich deshalb für die Reduzierung der Mineralölsteuer oder der Kraftfahrzeugsteuer aus. Ohne diese Maßnahme drohe der Konkurs von 10.000 mittelständischen Spediteuren mit 100.000 Arbeitsplätzen.

Für den Bundesverband Deutscher Omnibusunter-

nehmer (BDO) forderte Norbert Rohde die vollständige Befreiung von der Mineralölsteuer. Tatkräftig unterstützt wurden die Proteste von Generalsekretär Ruprecht Polenz, der die so genannte ÖK.O.Steuer erneut klar ablehnte.



Fortsetzung von Seite 1

„Unerfüllt ist allerdings bis heute“ – so die Parteivorsitzende – „unsere Forderung nach Generationengerechtigkeit. Im Konzept der Bundesregierung werden die Lasten der demografischen Veränderungen nach wie vor einseitig den jungen Versicherten aufgebürdet.“

Fest steht auch: Eine bedarfsorientierte Grundsicherung wird es mit der Union nicht geben.“

Wichtige Ergebnisse abgetrotzt

■ Zeithorizont der Reform von 30 Jahren ■ freiwillige und private kapitalgedeckte Altersvorsorge mit steuerlicher Förderung ■ Familienkomponente ■ Gehaltsumwandlung im Rahmen der betrieblichen Alterssicherung – Angela Merkel: „Damit haben CDU und CSU der rot-grünen Koalition wichtige Ergebnisse abgetrotzt.“

Der Regierungsentwurf zur Rentenreform – das waren ständig Nachbesserungen und immer neue Vorlagen, die so schnell auf den Tisch kamen wie sie wieder verschwanden. Jetzt ist seine Entwicklung in ein Stadium getreten, in dem mit der parlamentarischen Beratung endlich begonnen werden kann.

UD

Wir machen **weiter Druck**, bis die rot-grüne ÖK.O.-Steuer fällt

Die breite Protestwelle gegen die Ökosteuer hat die Regierung unter Druck gesetzt. Der hektische Aktivismus der Schröder-Regierung zeigt: Diese Regierung ist hochgradig nervös geworden. Denn Schröder und Co. wissen selbst, dass sie mit ihrer missratenen K.O.-Steuer die Menschen zum Protest auf die Strasse getrieben haben.

Die Kampagne der CDU „Weg mit dieser Ökosteuer“ ist sehr gut angelaufen: Allein 220.000 Aufkleber sind bisher verteilt und produziert worden. Weitere 270.000 sind in Produktion. Das sind rund eine halbe Million Aufkleber, die in diesen Tagen im Umlauf sind. Insgesamt 50.000 Flugblätter sind hergestellt worden. Wir sind dabei, weitere 100.000 Stück zu produzieren. Unsere Kampagnen-Seite im Internet wurde 5.000 mal für den Download von Flugblatt-Vorlagen und Informationsmaterial genutzt. Allein in den letzten Tagen haben 1.200 Internet-Nutzer über die Seiten der CDU ihre Beschwerde über diese Öko-Steuer an die Bundesregierung geschickt,



ohne dass für dieses Angebot öffentlich geworben wurde.



Die Reaktionen zeigen: Wir sind auf dem richtigen Weg

Wir erhalten in der CDU-Bundesgeschäftsstelle täglich mehrere hundert Anrufe von Bürgerinnen und Bürgern, die bei der Aktion „Weg mit dieser Öko-Steuer“ mitmachen wollen. Dieser Start und diese Reaktionen von Seiten der Bevölkerung und in den Medien zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Die CDU wird weiter Druck machen, bis Rot-Grün diese unsinnige Steuer einkassiert.

Diese Öko-Steuer ist ein wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischer Fehlschlag.

Ihr fehlt jegliche Lenkungswirkung, sie hat nichts mit Klimaschutz und Ökologie zu tun: Rot-Grün macht Umweltpolitik zu einem Politikfeld, das mit Abkassieren gleichgesetzt wird. Die Versprechungen auf Ausgleichsmaßnahmen sind reine Flickschusterei und nicht zu Ende gedacht. Offensichtlich will Schröder in bekannter Manier einzelne Gruppen aus der Protestfront herauskaufen. Dies schafft aber nur neue soziale Schief-lagen, da sie Rentner, Arbeitslose und Familien außen vor lassen. Es macht auch überhaupt keinen Sinn, auf komplizierten, behördlichen Umwegen einen kleinen Teil des Geldes zurückzugeben, das zuvor den Bürgern mit der K.O.-Steuer aus der Tasche gezogen wurde.

Noch spielt Schröder auf Zeit und versucht, andere zum Buhmann zu machen. Mal sind es die Mineralölkonzerne, mal die OPEC oder der Protest der Bevölkerung. Doch in Wahrheit ist er selbst der Buhmann. Er treibt die Preise in die Höhe. Jetzt sind es schon vierzehn Pfennig pro Liter. In drei Monaten steht

GEORG BRUNNHUBER:

Volle **Solidarität** mit der Protest-Aktion

Der stellvertretende verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mahnt die Bundesregierung, endlich Maßnahmen gegen die Existenznöte der Unternehmen zu ergreifen:

Mit meinen Kollegen aus der Arbeitsgruppe Verkehr, Bau- und Wohnungswesen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe ich durch meine Anwesenheit bei der heutigen Protest-Aktion des Bundesverbandes Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung (BGL) meine

Solidarität mit den Forderungen der Güterkraftverkehrsunternehmen bekundet. Rund 1.200 Lastwagen haben sich an der Aktion auf der Straße des 17. Juni in Berlin beteiligt. Die Existenznot vieler Unternehmer entlud sich bei der Kundgebung am Brandenburger Tor in Wut und Verzweiflung.

Mehr als 100.000 Arbeitsplätze sind durch die sogenannte „Ökosteuer“ und die europäischen Wettbewerbsverzerrungen in diesem Gewerbe in Gefahr. In anderen Ländern wie Frank-

reich, den Niederlanden und Italien werden die derzeit horrenden Spritkosten mit staatlichen Unterstützungen aufgefangen. Die deutschen Unternehmen sind somit auf europäischer Ebene nicht mehr konkurrenzfähig.

Die Tatenlosigkeit der Regierung gegenüber den existentiellen Nöten der Güterkraftverkehrsunternehmen ist erschreckend. Die Bundesregierung ist heute mehr denn je aufgefordert, endlich Maßnahmen zu ergreifen, um die Unternehmen vor dem Ruin zu retten.

die nächste Erhöhung an. Und die nächsten Stufen zum 1. Januar 2002 und 1. Januar 2003 sind fest eingeplant: Das sind 35 Pfennig Schröpfsteuer pro Liter Benzin.

Die Menschen haben Schröders ungerechte Politik satt

Gleichzeitig wird in Frankreich und Spanien die Mineralölsteuer gesenkt, in Großbritannien die turnusmäßige Anhebung der Spritsteuer ausgesetzt. Den 60 bis 70 Milliarden Mark Entla-

stungen aus der Steuerreform stehen in den nächsten drei Jahren 103 Milliarden Belastung durch die Öko-Steuer inklusive Mehrwertsteuer gegenüber.

Bisher bleibt Schröder als energiepolitischer Geisterfahrer in Europa stur. Die Menschen im Lande müssen darunter leiden, dass Schröder nicht bereit ist, das rot-grüne Prestigeobjekt „Öko-Steuer“ fallen zu lassen. Er schwächt damit die deutschen Unternehmen im internationalen Wettbewerb und bremst Wachstum und Beschäftigung in Deutschland.

Ich fordere den Bundeskanzler daher auf: Machen Sie Schluss mit diesem Unsinn. Schaffen Sie diese Ökosteuer ab. Nehmen Sie die nächste Erhöhungsstufe zum 1. Januar 2001 zurück. Solange werden die Proteste weitergehen. Die Menschen haben diese ungerechte und undurchdachte Politik der Bundesregierung satt.

[http://](http://www.wegmitdieseroekosteuer.de)

Ab sofort ist extra für Proteste eine Internet-Domain freigeschaltet:
www.wegmitdieseroekosteuer.de

PETER PAZIOREK:

„Öko“ – die missbrauchte **Vorsilbe**

In der Auseinandersetzung um die so genannte Ökosteuer erklärte der umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Das Präfix „Öko“ ist keine Vorsilbe wie jede andere, mit der man Vorgänge zu relativieren pflegt. Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland – und nicht nur hier – verbinden mit diesem Kürzel eine Vorstellung, eine Lebenshaltung hin bis zur Lebensphilosophie.

Für viele Menschen in unserem Land ist der Begriff Ökologie zu einem wesentlichen Bestandteil ihres Lebens geworden.

Dem Ideal des Umweltschutzgedankens geschadet

Hier darf die rot-grüne Bundesregierung und insbesondere ihr Umweltminister für sich in Anspruch nehmen, in ganz erheblichem Maße dem Ideal des Umweltschutzgedankens durch die Ökosteuer geschadet zu haben. Denn hierbei geht es nicht um „Öko“. Der Umweltminister hat sich von



Herrn Eichel benutzen lassen, um mit diesem Etikettenschwindel nicht nur die Rentenkasse, sondern auch den Bundeshaushalt zu finanzieren.

Selten sind Bürgerinnen und Bürger so über eine Steuer getäuscht worden wie bei der so genannten Ökosteuer, die durch die Regierungsmehrheit verabschiedet worden ist.

Die CDU/CSU-Fraktion ist nicht prinzipiell gegen eine ökologische Steuer, aber es kommt auf die sorgfältige Ausgestaltung an. Die Ökosteuer muss europäisch harmonisiert, sozial verträglich, flexibel ausgestaltet und wettbewerbsneutral sein.

Wir werden dafür sorgen, dass dieses Thema den Bundesumweltminister nicht mehr los lassen wird, denn diese Steuer ist alles andere als eine zielgerichtete ökologische Reformmaßnahme.

Sie ist eine Diffamierung des Umweltgedankens schlechthin.

Die aus aktuellem Anlass durch die Öffentlichkeit erzwungene Diskussion um die sogenannte Ökosteuer zeigt deutlich die Notwendigkeit, ohne ideologische Scheuklappen über sinnvolle ordnungspolitische Instrumente in der Umweltpolitik zu diskutieren.

Von den eigenen Prinzipien abgerückt

Völlig absurd ist jedoch, dass Rot-Grün nunmehr von ihren eigenen „Prinzipien“ durch eine unübersehbare Vielzahl von Einzelmaßnahmen abrückt.

Die rot-grüne Bundesregierung ist auf dem verhängnisvollen Weg, mit Flickschusterei einen ökologischen Flickenteppich zu schaffen.

AUF 2,4 PROZENT

ist im September erstmals seit August 1997 wieder die Teuerungsrate geklettert. Ursache: die drastisch gestiegenen Preise für Heizöl und Benzin.

DIRK FISCHER:

Klimmt lässt das Strassenverkehrsgewerbe bewusst im Regen stehen

Zu dem Misserfolg des Bundesverkehrsministers beim Treffen der EU-Verkehrsminister erklärte der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Das deutsche Verkehrsgewerbe braucht rasche Hilfe. Wir fordern von der Bundesregierung, sich so für die deutschen Unternehmen einzusetzen, wie es für unsere europäischen Nachbarn für ihr Gewerbe eine Selbstverständlichkeit ist. Die Bundesregierung muss handeln, bevor es zu spät ist. Deshalb weg mit dieser Ökosteuer, die ihren Namen zu unrecht trägt.

Klimmets Ankündigung, auf europäischer Ebene für eine rasche Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen zu sorgen, hat sich erneut als leere Versprechung entpuppt. Seine europäischen Kollegen denken gar nicht daran, ihr nationales Gewerbe schlechter zu stellen, im Gegenteil. Sie haben mit ihren jüngsten zusätzlichen Entlastungen für ihre Güterverkehrsunternehmen den Subventionswettbewerb erst richtig angeheizt. Wenn der deutsche Verkehrsminister

bei diesem Sachverhalt kurzfristige Hilfen für das deutsche Gewerbe weiter ablehnt, führt er damit viele Unternehmen in das wirtschaftliche Aus.

Die Verkehrspolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben deshalb in ihrem Antrag „Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Güterkraftverkehrsgewerbes erhalten und sichern“ die Bundesregierung aufgefordert, in folgenden Kernpunkten umgehend zu handeln:

■ Auf eine zügige Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen im Bereich des europäischen gewerblichen Güterkraftverkehrs hinzuwirken.

■ Im Rahmen der EU-Osterweiterung die Interessenlage des deutschen Güterkraftverkehrsgewerbes im Auge zu behalten und bei der EU darauf zu drängen, dass in einer ersten Phase schon vor dem Beitritt zunächst ein Gemeinschaftskontingent eingerichtet wird, das Fahrten zwischen den Beitrittsstaaten untereinander und zwischen der EU und den Beitrittsstaaten begrenzt. In der zweiten Phase soll den Bei-

trittsstaaten der Transport von einem Mitgliedsland in ein anderes gestattet werden (große Kabotage); im Gegenzug akzeptieren die Beitrittsländer, dass innerstaatliche Transporte (kleine Kabotage) erst 3-5 Jahre nach dem Beitritt möglich werden.

■ Zügig ein Gesamtkonzept zur Bekämpfung der grauen und illegalen Kabotage sowie der illegalen Beschäftigung im EU-Straßengüterverkehr vorzulegen.

■ Die Einführung der streckenbezogenen nutzungsabhängigen LKW-Gebühr für das deutsche Güterkraftverkehrsgewerbe wettbewerbsverträglich zu gestalten und hierzu auch die Kompensationsmöglichkeiten, die bezüglich der Anwendung der EU-Mindeststeuersätze noch offen sind, zu nutzen.

■ Die mit dem Gesetz vom März 1999 eingeführte und mit dem Gesetz vom Dezember 1999 fortgeführte ökologische Steuerreform aufzuheben, da sie ihre ökologische Lenkungswirkung verfehlt und die Wettbewerbsverzerrungen im europäischen Güterverkehrsmarkt zusätzlich verschärft. **UD**

DIE BUNDES- REGIERUNG SPRINGT ZU KURZ

Zu Beschlüssen der Bundesregierung zum Ausgleich für die hohen Energiekosten erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Lippold:

Die Maßnahmen sind ein Schnellschuss und deutlich zu kurz gesprungen. Sie lösen das Problem nicht grundsätzlich, sondern klammern breite Bevölkerungsschichten aus, statt ihnen zu helfen.

Das Transportgewerbe, die Landwirte, Gartenbaubetriebe und viele andere kleine und mittlere Gewerbetreibende sowie die Rentner haben nichts von den angekündigten Schritten. Zudem müssen – über die Gewerbetreibenden und die Rentner hinaus – bei den Entlastungsmaßnahmen zwingend die Bevölkerungskreise berücksichtigt werden, die einer Arbeit nachgehen und unter der Belastung leiden. Es kann nicht angehen, dass durchschnittlich verdienende Leistungsträger unserer Gesellschaft – z.B. Facharbeiter, Familien mit Kindern – völlig unberücksichtigt bleiben.

Ich fordere die Bundesregierung auf, Mut zu einer kla-

ren Lösung zu zeigen, das heißt ■ die Ökosteuer abzuschaffen ■ das Energiesparen im Wohnungsbestand breit, insbesondere durch steuerliche Maßnahmen zu fördern.

HAUSHALTS- POLITISCHE FLICKSCHUSTEREI

Zu den Meldungen über zusätzliche Mittel für die Deutsche Bahn AG erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann:

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit der rot-grünen Politik liegen auch im Verkehrsbereich Welten. Im Bereich des Verkehrs- und Bauwesens werden die Kürzungen für die notwendige Infrastruktur weiter fortgesetzt. Zwar soll die Bahn aus den Zinsersparnissen aufgrund der von der früheren Bundesregierung geerbten UMTS-Lizenz-Versteigerung in den kommenden Jahren mehr Mittel für Schienenwege erhalten, was die CDU/CSU schon vor Wochen gefordert hat. Aber trotz dieser dringend notwendigen höheren Finanzausstattung werden weder bei Schiene, Straße noch beim Wohnungsbau die Ausgaben von 1998 erreicht.



K. Lippold D. Austermann

Trotz angekündigtem „Anti-Stau-Programm“ und trotz der vorgesehenen Aufstockung der Mittel für die Bahn liegen die Ausgaben des Verkehrs- und Bauhaushalts im Jahr 2004 mit dann etwa 48 Mrd. DM um 6 Mrd. DM niedriger als 1998 (54,3 Mrd. DM). Außerdem darf nicht vergessen werden, dass die Bahn aus der „Ökosteuer“ mit jährlich 250 Mio DM zusätzlich belastet wird.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die vorgesehene Aufstockung der Mittel für die Bahn bei weitem nicht ausreicht, die Bahn AG zukunftsfähiger und konkurrenzfähiger zur Straße zu machen. Mit einer derartigen konzeptionslosen Verkehrspolitik wird die Börsenfähigkeit der Bahn auf die lange Bank geschoben.

BUND KASSIERT, DIE KOMMUNEN ZÄHLEN

Der Bund plant die Einführung einer erhöhten



J.-K. Fromme K.-D. Grill

Entfernungspauschale anstelle der bisherigen Kilometerpauschale als Ausgleich für die erhöhten Spritpreise.

Dies darf nach Auffassung des Landesvorsitzenden der Kommunalpolitischen Vereinigung der niedersächsischen CDU, Jochen-Konrad Fromme, zugleich Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages, nicht zu Lasten von Ländern und Gemeinden gehen. Zu berücksichtigen ist: Der Bund kassiert die Mineralölsteuer allein, während eine Erhöhung der Kilometerpauschale zu rund 30% von den Ländern und zu 25% von den Kommunen finanziert wird. Wenn die Steuerausfälle für diesen Teil auf insgesamt mit 1,8 Mrd. DM beziffert werden, dann würden davon auf Niedersachsen 180 Mio. DM entfallen, weil das Land Niedersachsen erfahrungsgemäß mit 10% bei allen Finanztransaktionen beteiligt ist. Die niedersächsischen Städte und Gemeinden kostet dies ca. 45 Mio.

DM. Das macht für jeden Landkreis und jede kreisfreie Stadt rund 1 Mio. DM. Es kann nicht angehen, dass der eine den Gewinn macht und der andere zahlen muss. Deshalb muss bei einer Neuregelung im Bundesrat ein Ausgleich für Länder und Kommunen gefunden werden. Auch dürfen die Ausgleichsmaßnahmen im Bereich der Heizkosten nicht zu Lasten der Kommunen in Form von zusätzlichen Sozialhilfeaufwendungen gehen. Auch das wäre ein Verschiebebahnhof zwischen den staatlichen Ebenen, der die Leistungsfähigkeit der Städte, Gemeinden und Landkreise beeinträchtigen würde.

VERFASSUNGSKLAGE ZURÜCKNEHMEN

Die SPD-Bundestagsfraktion hat noch in der letzten Legislaturperiode zugunsten des kommunalen Monopols eine Verfassungsklage gegen das Energiewirtschaftsgesetz erhoben. Dazu erklärte der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kurt-Dieter Grill:

Die SPD hat bis zum heutigen Tag keine Novelle zum Energiewirtschaftsrecht vorgelegt, obwohl sie mit der

Ablehnen wird das Saarland die von der Regierung geplante Entfernungspauschale – ebenso wie Heizkostenzuschüsse. Landesfinanzminister Peter Jacoby: „Die Ökosteuer fließt in die Bundeskasse, die vorgesehenen Entlastungen belasten Länder und Kommunen, das Saarland mit voraussichtlich 26 Millionen Mark im Jahr.“

von ihr erhobenen Verfassungsklage die Aufhebung des Wettbewerbs im Energiemarkt zugunsten des kommunalen Monopols forderte.

Dies zeigt, dass die Bundesregierung keine in sich schlüssige Energiepolitik vorweisen kann. Die von der SPD geführte Bundesregierung hat immer wieder erklärt, sie halte an dem von der CDU/CSU eingeführten Wettbewerb im Energiemarkt fest. In der energiepolitischen Debatte dieser Legislaturperiode wurde von der SPD-Bundestagsfraktion ebenfalls nichts anderes erklärt.

Die daraus zu ziehende Konsequenz ist, dass die SPD ihre Verfassungsklage zurückzieht und erklärt, dass sie das Ziel der Wiedereinführung des kommunalen Monopols aufgibt. **UD**

KARL LAMERS:

Ein starkes Votum für demokratischen Wandel

Zu den Wahlen in der Bundesrepublik Jugoslawien erklärte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Das Ergebnis der Wahlen in Jugoslawien ist ein starkes Votum für den demokratischen Wandel und die Flucht aus der Isolation, in die Präsident Milosevic das Land getrieben hat. Es ist ein Erfolg für die serbische Opposition, die trotz massiver Einschüch-



terungen einen mutigen und kreativen Wahlkampf gegen das Regime geführt hat.

Die hohe Wahlbeteiligung zeigt die Entschlossenheit des serbischen Volkes, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Die große Zustimmung zur demokratischen Opposition und ihrem Kandidaten Kostunica ist

nicht zuletzt ein Verdienst ihrer Einigkeit, die sich in den kommenden Wochen bewähren muss.

Die demokratisch gesinnte Bevölkerung nicht länger in Haft nehmen

Die Ankündigung der westlichen Staatengemeinschaft, bei einem demokratischen Wandel die internationalen Sanktionen aufzuheben, war richtig. Ihr müssen nun unmittelbar Taten folgen. Egal, ob Milosevic bis zum nächsten Jahr an der Macht bleibt oder nicht, die demokratisch gesinnte Bevölkerung Jugoslawiens darf für ihn und sein Regime nicht länger in Haft genommen werden. Deshalb muss das Ölembargo jetzt unmittelbar vor dem Winter aufgehoben werden. Die Sanktionen gegen die Mitglieder des Regimes, wie die Visaverweigerung und Kontensperrung, sollten fort dauern.

Es scheint, dass Milosevic von dem eindeutigen Votum gegen ihn überrascht wurde. Welche Konsequen-

zen er daraus zieht, ist ungewiss. Auseinandersetzungen innerhalb des Regimes sind nicht ausgeschlossen. Der Rücktritt von Ministerpräsident Bulatovic kann ein Anzeichen dafür sein. Polizei und Armee werden von uns nachdrücklich aufgefordert, die politische Auseinandersetzung nicht mit Gewalt zu entscheiden zu suchen.

Die demokratische Entwicklung in Serbien ist auf einem guten Weg. Die serbische Opposition fordern wir auf, sich durch mögliche Rückschläge nicht entmutigen zu lassen, die Ungewissheit der kommenden Wochen mit Beharrlichkeit und Gelassenheit gemeinsam zu tragen und sich nicht entzweien zu lassen.

BISHER KEINE WENDE IN BELGRAD

Es gibt „Helden des Rückzugs“ und Schurken der Beharrung. Slobodan Milosevic gehört zu Letzteren. Machtgier und Herrschsucht sind die Grundzüge seines Lebens. Ihnen wie Milosevics Anhängern ist es zu verdam-

CDU/CSU-BUNDESTAGSFRAKTION:

ken, dass Rumpf-Jugoslawien der einzige Staat in Osteuropa ist, für den 1989 ein Fremdwort bleibt. Eine Wende hat es in Belgrad nie gegeben. Ob sie nun nahe ist, lässt sich nicht voraussagen – trotz der Wahlen, der hohen Wahlbeteiligung und des angeblichen Sieges der Opposition.

Die Welt

NOCH IST ALLES OFFEN

Fast 15 Jahre lang hielt Slobodan Milosevic Serbien im Griff und trieb den Balkan von Tragödie zu Tragödie – doch nun brechen die letzten Tage des Despoten an der Spitze des jugoslawischen Staates an. Die Bevölkerung hat ihre Apathie überwunden und den Kandidaten der Opposition, Vojislav Kostunica, mit offenbar großer Mehrheit zum künftigen Präsidenten Jugoslawiens gewählt. Damit ist der Machtkampf in Belgrad aber noch nicht entschieden – er beginnt erst und kann zu blutigen Verzweiflungstaten des Regimes führen.

Handelsblatt

Extremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit nachhaltig bekämpfen

Zum Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

„Nachhaltige Bekämpfung von Extremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“ hat der Vorsitzende der Fraktion, Friedrich Merz, folgendes Schreiben an den Vorsitzenden der Fraktion der SPD, Peter Struck, die Vorsitzenden der Fraktion von Bündnis 90/die Grünen, Kerstin Müller und Rezzo Schlaub, und den Fraktionsvorsitzenden der FDP, Wolfgang Gerhardt, gerichtet:

Die Welle fremdenfeindlicher, extremistischer Gewalt, die in den vergangenen Wochen unser Land heimgesucht hat, fordert den Deutschen Bundestag.

Meine Fraktion hat beschlossen, einen Antrag dem Deutschen Bundestag zur Beschlussfassung vorzulegen, der ein umfassendes Maßnahmenpaket zur

Bekämpfung extremistischer Gewalt vorschlägt.

Wir sind der Auffassung, dass der Deutsche Bundestag so einvernehmlich wie möglich Stellung beziehen sollte. Wir bitten Sie, dieses Bemühen zu unterstützen und laden Sie ein, aus unserer Initiative eine interfraktionelle Initiative derjenigen Fraktionen zu machen, die glaubwürdig für die Verteidigung von Freiheit, Menschenwürde, Menschenrechte und Toleranz stehen. Über Ihre positive Entscheidung würden sich meine Kollegen und ich freuen.

[http://](http://www.cducusu.bundestag.de)

Der Text des Antrags der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist über die Pressestelle erhältlich. Siehe auch: www.cducusu.bundestag.de

Volker Rühle: Das Abschneiden der Opposition ist ein deutliches Signal an Milosevic, den Weg freizumachen für den Wandel zu demokratischen Strukturen. Dann wird auch Serbien seine Chance zur Rückkehr nach Europa erhalten. Aber es wird nicht ausreichen, wenn nur das Amt des jugoslawischen Präsidenten und die Macht im jugoslawischen Parlament abgegeben werden. Dazu müssen auch die serbischen Institutionen bereit sein.

KEINE DULDUNG

rechtsradikaler Tendenzen von Mitarbeitern – 72 Prozent der von Forsa befragten deutschen Unternehmen wollen Widerstand gegen Rechts leisten: die Betroffenen im Fall rechtsradikaler Äußerungen zur Rede stellen und mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen reagieren.

AN DER SPITZE

der Patentanmeldungen stand im letzten Jahr mit 13.000 Patenten Bayern. Die Stärke resultiert – so das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft – aus zahlreichen forschungsinintensiven Technologiebetrieben und einem Technologie-Transfer-Verbund-System. Nach Bayern rangieren Baden-Württemberg mit 12.000 und NRW mit 10.000 Patentanmeldungen.

FÖRDERMITTEL

in Höhe von 1,1 Milliarden Mark hat die Europäische Kommission für Sachsens ländlichen Raum genehmigt. Umwelt- und Landwirtschaftsminister Flath: „Knapp 760 Mio werden für Agrarumweltmaßnahmen zur Verfügung gestellt, 92 Mio für die Erstaufforstung landwirtschaftlicher Flächen.“

Die Steuer für Rentner

Eine vollständige nachgelagerte Besteuerung bedeutet, dass der einzelne während seines Erwerbslebens Beiträge zur gesetzlichen oder privaten Rentenversicherung von der Steuer absetzen kann. Im Gegenzug würde dann im Ruhestand auf die Renten eine Steuer erhoben.

Das Bundesfinanzministerium hatte ursprünglich vorgesehen, die Besteuerung schrittweise einzuführen. Dabei hätten die Arbeitnehmer immer mehr von ihren Beiträgen zur gesetzlichen, privaten und betrieblichen Rentenversicherung von der Steuer freistellen können, was sich in ihrem Geldbeutel positiv bemerkbar gemacht hätte.

Bisher können Vorsorgebeiträge nur bis zu einem geringen Höchstbetrag als so genannte „Sonderausgaben“ beim Finanzamt geltend gemacht werden. Die nachgelagerte Besteuerung, wie sie Bundesfinanzminister Hans Eichel in den Referentenentwurf zur Rentenreform hineinschreiben wollte, wäre weit darüber hinaus gegangen. Zunächst hätten ab dem Jahr 2003 von allen Aufwendungen zur Altersvorsorge

65 Prozent freigestellt werden sollen. Im Gegenzug wäre ein gleich hoher Prozentanteil von den Renten abgezogen worden.

Bei der gegenwärtigen Regel, die jetzt offenbar bestehen bleiben soll, wird den Rentnern nur ein so genannter „Ertragsanteil“ von ihrer Rente abgezogen. Dieser ist unter anderem abhängig vom

STICHWORT

Alter des Rentenbeziehers. Wer etwa mit 60 Jahren aus dem Erwerbsleben austritt, muss 32 Prozent seiner Rente versteuern, wer im Alter von 65 Rentner wird, nur noch 27 Prozent.

Die vorgesehene schrittweise Regelung hätte bedeutet, dass erst in 30 Jahren eine vollständige nachgelagerte Besteuerung erreicht worden wäre. Als sicher gilt, dass das Bundesverfassungsgericht ab dem nächsten Jahr auf jeden Fall eine Versteuerung der Renten verordnen wird. Schon 1982 hat es darauf aufmerksam gemacht, dass eine Ungleichbehandlung von Renten und Pensionen in dieser Frage nicht hinnehmbar ist.

Wolfgang Stock: Angela Merkel

Eine politische
Biographie.

228 Seiten, gebunden
mit Schutzumschlag
Olzog Verlag
DM 36,00

Zum Buch: Mit Mut, Entschlusskraft und Weitsicht hat Angela Merkel die CDU aus ihrer schwersten Krise geführt. Im Brennpunkt der Öffentlichkeit hat sie die Stellung gehalten. Als erste Frau steht sie heute an der Spitze einer deutschen Volkspartei.

Wer ist diese Frau, der wie keinem anderen Politiker Sympathie und Aner-

kennung von allen Seiten zufliegen? Welche Visionen, welche Ziele, welche Werte hat die 46-jährige Physikerin für ihre Politik? Die Biographie zeichnet ein einfühlsames Bild: ihrer Jugend in der DDR, vom Einstieg in die Politik zur Wende 1989/90 und von ihrer Karriere im wiedervereinigten Deutschland.

Zum Autor: Wolfgang Stock ist seit Jahren journalistischer Beobachter der deutschen Politik. Für die FAZ berichtete er 1990 als Korrespondent aus der DDR und später aus Bonn. Als Nachrichtenchef hat er



dazu beigetragen, der „Berliner Zeitung“ ein neues Erscheinungsbild zu geben. Heute ist er politischer Korrespondent in der Parlamentsredaktion des Nachrichtenmagazins „Focus“ in Berlin.

+++ ALS KULISSEN für extremistische Versammlungen sollen künftig öffentliche Einrichtungen von herausragender nationaler und historischer Bedeutung nicht mehr erhalten können. Darauf zielen Pläne des Berliner Innensenators Eckart Werthebach zur Verschärfung des Versammlungsgesetzes. Ein entsprechender Gesetzentwurf liegt für die nächste Innenministerkonferenz vor. **+++ SCHADLOS** können sich künftig Kapitalanleger bei Wirtschaftsprüfern halten. Nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs (AZ: X ZR 94/98) kann ein Wirtschaftsprüfer schadenersatzpflichtig sein, wenn Anleger ihre Entscheidung aufgrund von falschen Testaten von ihm getroffen haben. **+++ TASCHENGELD** in Höhe von 52 Mark können Kinder und Jugendliche in Deutschland pro Monat ausgeben. Hochrechnungen gehen von einem Gesamtkaufkraftvolumen der Kinder von mehr als 6 Milliarden Mark pro Jahr aus. Sparguthaben, Weihnachts- und Geburtstagsgeld dazu gerechnet, ergeben sogar einen Gesamtbetrag von über 19 Milliarden Mark. **+++ ESSEN** zählt weltweit zu den kinderfreundlichsten Städten. Ausschlaggebend für die Bewertung der Kommunen: die Existenz von Kinderparlamenten, Demokratietagen und Kinderanwälten. **+++ WENIGER WASSER** haben die Deutschen in den vergangenen Jahren verbraucht. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, entnimmt jeder Einwohner täglich durchschnittlich 129 Liter dem öffentlichen Wassernetz, 15 Liter weniger als 1991. **+++**

Ein 10-Punkte-Programm macht noch keinen Internet-Kanzler

Zur Vorstellung des 10-Punkte-Programms zum Internet durch Bundeskanzler Schröder erklärte die Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Das Internet wird unsere Gesellschaft nachhaltig verändern. Dies erkennt auch die Bundesregierung zunehmend. Als IT-Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion stelle ich jedoch fest, dass es nicht ausreicht, jedes Jahr ein Programm zur Verbesserung der Internetnutzung in Deutschland vorzustellen. Vielmehr ist darauf zu achten, was sich wirklich tut. Den Worten müssen Taten folgen. Hieran mangelt es noch:

Internet und Schulen

Der Kanzler gibt sich mit einem Internetanschluss pro Schule zufrieden. Davon haben die Schüler aber wenig. Für jede Schule muss vielmehr mindestens ein Internet-Klassenzimmer her! Selbst dies ist zu wenig. In den USA werden bald alle Schulbänke vernetzt sein.



Daran muss sich die Bundesregierung orientieren. Und überhaupt: Was nützt die beste Hardware in den Schulen, wenn die Lehrer links liegen gelassen werden. Mit der technischen Ausstattung muss die „Brain-Power“ von Lehrern durch stetige Fortbildung gestärkt werden. Qualifizierte Stärkung der Internetkompetenz der Kids funktioniert nur, wenn die Lehrer das Rüstzeug dafür erhalten.

Internetsteuer am Arbeitsplatz

Es wurde Zeit, dass Bundeskanzler Schröder eines seiner Machtwörter gesprochen hat. Zu lange hat er mit der Entscheidung gezauert, die angedachte Besteuerung der privaten Internetnutzung

am Arbeitsplatz zu streichen. Durch das Zögern ist die Wirtschaft verunsichert und der Internetstandort geschwächt worden. Herr Schröder hat den von ihm selbst so hoch gelobten Bundesfinanzminister eine klare Abfuhrerteilt. Auch für Hans Eichel gilt: Die Bäume wachsen in dieser Bundesregierung eben doch nicht in den Himmel.

Kompetenz-Wirrwarr in der Bundesregierung

In der Bundesregierung ist der Bereich der Medien- und Informationstechnologien verteilt auf das Innen-, Wirtschafts- und Forschungsressort sowie auf das Bundeskanzleramt. Das Internet lässt eine solche Trennung der Arbeitsbereiche aber nicht mehr zu. Herkömmliche Begrifflichkeiten lösen sich vielmehr auf und sind neu zusammenzuführen. Das Kompetenz-Wirrwarr lähmt die Entwicklung des Internetstandortes Deutschland. Wir brauchen daher eine Art „Internetminister“, einen zentralen Koor-

WELTKINDERTAG

Rot-grüne Kürzungen bei Entwicklungszusammenarbeit **revidieren**

Zum Weltkindertag am 20. September erklärten der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus-Jürgen Hedrich, und der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Christian Ruck:

Zwischen 1998 und 2000 hat die rot-grüne Bundesregierung die Finanzmittel für die Entwicklungszusammenarbeit um mehr als eine halbe Milliarde Mark gekürzt. Hiervon sind viele Projekte betroffen, die

insbesondere im Armutsbekämpfungs-, Gesundheits- und Bildungssektor den Kindern in den Entwicklungsländern zugute kamen und ihre elenden Lebensbedingungen etwas bessern helfen sollten.

Gegen eine Haushaltspolitik zu Lasten der Kinder und Armen

600 Millionen Kinder leben in Armut, täglich verhungern 60000 Kinder. Von drei Kindern geht nur ein Kind zur Schule. Die Zahl der Straßenkinder geht in die Millionen.

feindlichkeit vom 14. September hat wohl auch den Bundeskanzler bewogen, dieses Thema aufzugreifen. Doch Herr Schröder greift zu kurz. Die vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten zur Verhinderung der Verbreitung von radikalem Gedankengut im Internet reichen eben nicht aus. Appelle an die Wirtschaft sind zwar richtig. Aber in erster Linie ist es Aufgabe des Staates, geeig-



K.-J. Hedrich Ch. Ruck

Der 20. September 2000 wurde zum Weltkindertag bestimmt. Dies sollte die Regierung endlich dazu aufrütteln, ihre Haushaltspolitik zu Lasten der Entwicklungsländer und der dort lebenden Armen und Kinder zu überdenken und ihre massiven Einschnitte in die Finanzmittel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu revidieren.

nete rechtliche und tatsächliche Maßnahmen zur Bekämpfung von Extremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit im Internet zu ergreifen. Es fragt sich, was der Bundeskanzler konkret meint, wenn er die Einrichtung einer staatlichen Stelle ankündigt, um die „Reaktionsfähigkeit auf Gefährdungen“ zu erhöhen. Ein bisschen konkreter sollte es dann doch sein.



ditor und Ansprechpartner in der Bundesregierung, der für alle Facetten des Internets zuständig ist.

Internet und Extremismus

Der Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur nachhaltigen Bekämpfung von Extremismus, Gewalt und Fremden-

Rentenreform

■ Wenn das Niveau der gesetzlichen Renten sinkt, dann sollten gerade die **Betriebsrenten** einen Beitrag zur Schließung der Versorgungslücke leisten. Gerald Weiß, Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, in den Entwurf einer Rentenreform auch konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die betriebliche Altersversorgung aufzunehmen.“

Planungssicherheit

■ Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat eine Gesetzesinitiative zur Verlängerung der zum Jahresende auslaufenden Ökocomponenten im **Eigenheimzulagengesetz** eingebracht. Die Zusatzförderung für den Einbau von Wärmepumpenanlagen, Solaranlagen oder Anlagen zur Wärmerückgewinnung – über die Eigenheimzulage hinaus 500 Mark im Jahr – sowie die Zusatzförderung für Niedrigenergiehäuser – zusätzlich 400 Mark im Jahr soll zunächst um ein weiteres Jahr verlängert werden. Dietmar Kansy, wohnungsbaupolitischer Sprecher der Fraktion: „Unsere Initiative sollte baldmöglichst in Kraft treten und Bauherren Planungssicherheit geben.“

Neue Abzockerei

■ Nach den heimlichen Steuererhöhungen bei Öl und Benzin plant die Bundesregierung nun auch, bei den Wassergebühren die Steuerschraube anzuziehen: durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf einmalige **Wasserversorgungsbeiträge** von 7 auf 15 Prozent. Der Neubau eines Hauses oder spätere Hauserneuerungsmaßnahmen werden dadurch schnell einige Tausend Mark mehr kosten. Peter Götz, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Ich fordere die Bundesregierung auf, die Erhöhung umgehend rückgängig zu machen.“

Existenzbedrohung

■ Mangelnde Zahlungswilligkeit, aber auch -fähigkeit bringen zahlreiche Handwerksbetriebe – vor allem im Baugewerbe – an den Rand des Ruins. Bereits im März 1999 hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Gesetzesentwürfe vorgelegt, die Abhilfe schaffen sollen, z. B. durch die Aufnahme eines **Bauvertragsgesetzes** in das Bürgerliche Gesetzbuch. Keine Reaktion bei Rot-Grün. Mittelständler der Fraktion, Andrea Voßhoff und Hansjürgen Doss: „Mit einer Kleinen Anfrage unternehmen wir jetzt einen neuen Versuch.“

Entschieden abgelehnt

■ Was die Bundesjustizministerin verschleiern möchte, haben die Sachverständigen einer Anhörung offen ausgesprochen: Der Koalitionsentwurf zur **Gleichstellung homosexueller Lebensgemeinschaften** soll das gesellschaftliche Leitbild der Ehe verändern. Einhelliges Urteil: Zum Wesen der in Artikel 6 Grundgesetz geschützten Ehe gehört die Geschlechtsverschiedenheit der Partner. Wolfgang Bosbach und Norbert Geis: „Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lehnt die Koalitionspläne nach wie vor entschieden ab.“

Hochschulreform

■ Leistungskriterien nicht nur bei der Verteilung der Mittel auf die Hochschulen, sondern auch bei der Besoldung der Hochschullehrer stärker berücksichtigen, ist sicher richtig. Das von Bundesbildungsministerin Bulmahn vorgelegte neue **Hochschuldienstrecht** lehnt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion jedoch aus drei Gründen ab. Gerhard Friedrich und Thomas Rachel: ■ „Niedrige Besoldung für den einfachen Professor/in schreckt qualifizierte Bewerber ab. ■ Es fehlt eine gemeinsame Besoldungsgruppe für Professoren/innen an Fachschulen und Universitäten, die es

möglich macht, künftig auch an Fachhochschulen Spitzenleute zu berufen. ■ Die Berufung zum Hochschul-lehrer erfolgt viel zu spät—oft erst nach der produktivsten Lebensphase.“

Kahlschlag

■ Die Vertriebenen und ihre Organisationen aus der Förderung der **Vertriebenen-kulturarbeit** hinauszudrängen, ist offenbar das erklärte Ziel des Beauftragten der Bundesregierung für die Angelegenheiten der Kultur und der Medien, Naumann. Der gesetzliche Auftrag des § 96 Bundesvertriebenengesetz, „das Kulturgut der Vertreibungsgebiete im Bewusstsein des gesamten deutschen Volkes zu erhalten“, besteht aber fort. Hartmut Koschyk, vertriebenenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Diese Kahlschlagpolitik zeigt, dass der Bundeskanzler für sein Bemühen um Entkrampfung des Verhältnisses zu den Vertriebenen letztlich nur schöne Worte übrig hat.“

Längst überfällig

■ Europaweit soll der Begriff des Mangels an einer Kaufsache und sollen die Gewährleistungsrechte einheitliche geregelt werden. Die Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates

HERBERT HELMRICH:

Auf gute Zusammenarbeit

Zu seiner Ernennung zum Staatsminister der Justiz des Freistaates Sachsen hat der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises **Christlich-Demokratischer Juristen, Herbert Helmrich, Manfred Kolbe gratuliert:**

„Viel Glück und Gottes Segen bei der Bewältigung dieser schwierigen Aufgabe! Der BACDJ freut sich auf das neue Mitglied und hofft auf gute Zusammenarbeit.“ Gleichzeitig bedauerte Helmrich den Rücktritt von Steffen Heit-



Manfred Kolbe

mann: „Wir respektieren seine persönliche Entscheidung, aber wir verurteilen die Angriffe auf das Ansehen seiner Person und seines Amtes.“

vom 25. Mai 1999 muss deshalb durch ein **Schuldrechtsmodernisierungsgesetz** endlich umgesetzt werden. Norbert Geis, rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Wir begrüßen das Vorhaben und erwarten sachbezogene Beratungen im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags.“

Neuabgrenzung

■ Für eine stärkere private Vorsorge bei der Krankenversicherung hat sich der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Frie-

drich Merz, ausgesprochen. Merz in der *Leipziger Volkszeitung*: „Bei der **Gesundheitspolitik** stehen wir noch vor größeren Herausforderungen als in der Rentenpolitik.“ Demografische Entwicklung und medizinisch-technischer Fortschritt machen, wie inzwischen auch Bundeskanzler Schröder erkannt habe, ohne es allerdings wirklich ernst zu meinen, eine Neuabgrenzung zwischen privater Vorsorge und kollektiver Absicherung dringend nötig.

UD

CHE DIE WELT UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND BERLINER MORGEN

NACH DER SOMMERPAUSE

Die Union kommt auf die Beine

Im Sommer konnte sich die rot-grüne Bundesregierung in einem stabilen politischen Hochdruckgebiet gemütlich sonnen. Doch plötzlich ist die Schönwetterphase zu Ende: Die Opposition hat sich in dieser Woche im Bundestag mit kräftigen Lebenszeichen zurückgemeldet. Bundeskanzler Gerhard Schröder und seine Mannschaft spüren plötzlich, wie sich, trotz unbestreitbar positiver Wirtschaftsdaten, eine offene Flanke in ihrer Politik auftut. Die rot-grüne Koalition reagiert verstört. Es wirkt hilflos, wenn Schröder die Union auffordert, sie solle aus gesamtsstaatlicher Verantwortung darauf verzichten, mit kurzatmigen Aktionen den Druck der Straße zu erhöhen. CDU-Chefin Angela Merkel und der Unions-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Friedrich Merz, zündeln keineswegs am inneren Frieden in der Gesellschaft, wie Schröder

der unterstellt. Schließlich hatten sogar SPD und Grüne schon im Koalitionsvertrag die Anhebung der Ökosteuer unter den Vorbehalt gestellt, dass sie mit Blick auf die Preisentwicklung in die allgemeine Landschaft passt.

Hannoversche Allgemeine

Aufgeschreckte rot-grüne Hühner

Rot-Grün verhält sich wie ein aufgeschreckter Hühnerhaufen. Aus Angst, die Debatte um höhere Benzinspreise könnte die Volksseele vollends zum Kochen bringen, flüchtet sich die Bundesregierung in blinden Aktionismus. Die Ökosteuer abschaffen will Kanzler Schröder nicht, um der Union keinen Erfolg zu gönnen und den grünen Koalitionspartner nicht zu verprellen. Statt dessen verteilt er Beruhigungsspillen an die Autofahrer. Es ist schon absurd: Auf der einen Seite ist die Ökosteuer dazu gedacht, um die Verschwendung von Energie zu bestrafen. Auf der anderen Seite sollen jetzt Vielfahrer mit einer höheren Kilometer-

pauschale belohnt werden. Kein Wunder, dass fast keiner mehr begreift, was die Ökosteuer überhaupt noch soll. Sächsische Zeitung

SCHRÖDER

Kalter Wind bläst ihm ins Gesicht

„Der Wähler ist ein scheues Reh,“ hat eine bekannte deutsche Meinungsforscherin jüngst festgestellt. Sie sagte das mit Blick auf eine Stimmungs-Demokratie, in der nur wenig noch berechenbar erscheint, in der den Politikern die Verlässlichkeit der Bürger abhanden gekommen ist. Die Wähler wechseln ihre Bindungen, ihre Zuneigung mit Internet-Geschwindigkeit. Diese Erfahrung macht Bundeskanzler Gerhard Schröder in diesen Tagen. Strahlend kam er zurück aus seinem Mallorca-Sommerurlaub, unanfechtbar offenbar in der Gunst seiner Landsleute. Und heute? Seit er sich in der Öko-Falle der steigenden Benzin- und Heizöl-



preise verfangen hat, sinkt die Zustimmung für den Bundeskanzler rapide. Ein kalter Wind bläst Gerhard Schröder in Gesicht, mitten im frühen Herbst.

Welt am Sonntag

FAHRTKOSTEN

Lenkungs-pauschale

Die so stark gestiegenen Treibstoffpreise haben eine Frage neubelebt: Kilometerpauschalen oder Entfernungspauschale? Logisch gibt es zwischen beiden keinen Unterschied; entfernungsbezogen sind sie beide. Aber die Kilometerpauschalen berücksichtigen, ob man mit Fahrrad, Moped oder Auto zur Arbeit fährt, also unterschiedlich teuer. Die Entfernungspauschale dagegen gibt es unabhängig davon, wie man zur Arbeit kommt, und macht zwischen den verschiedenen hohen Fahrtkosten keinerlei Unterschied. Derzeit gelten für Berufspendler Kilometerpauschalen. Statt sie endlich zu erhöhen, wie von den Pend-

lern wegen der so stark erhöhten Treibstoffpreise gefordert, wollen die Grünen für alle Pendler eine einzige Entfernungspauschale einführen. Doch gerät dabei aus dem Blick, dass es kein staatlicher Gnadenakt ist, wenn der Berufspendler von seinen Einkünften steuerlich absetzen kann, was ihn das zwangsläufige Pendeln kostet. Diese Kosten sind notwendig, um die Einkünfte überhaupt zu erzielen. In Unternehmen heißen sie Betriebsausgaben und sind von den Einkünften selbstverständlich voll absetzbar.

Frankfurter Allgemeine

FDP

Aufmerksamkeit ist ihr sicher

Die FDP trachtet, mit dem Thema Wehrpflicht ein politisches Territorium zu besetzen, das ihr Aufmerksamkeit und Zustimmung bei den Jungwählern verschaffen soll. Offene Ohren wird sie dort gewiss finden. Denn die im Kern historischen und

zu einem Teil nach wie vor volkspädagogischen Begründungen der Dienstpflicht verfangen angesichts der Realität kaum mehr. Das zeigt deutlich das auf dem Kopf stehende Argument, das mit dem Bedarf an Zivildienstleistenden die Wehrpflicht praktisch begründen will. So gesehen ist der FDP Aufmerksamkeit beim Zielpublikum sicher.

Frankfurter Allgemeine

Neue Positionen für kommende Wahlkämpfe

Die FDP ist damit die erste bürgerliche Partei, die für die Abschaffung der Wehrpflicht plädiert. Sie wird die Union und die Sozialdemokraten nun unter Zugzwang setzen. Zum anderen könnte der FDP ihre neue Position in den kommenden Wahlkämpfen zugute kommen und ihr neue Wähler zuführen. FDP-Chef Wolfgang Gerhardt kann zufrieden sein. Er hat seine Partei vor einer peinlichen Niederlage in einer zentralen Sachfrage bewahrt. Die Welt

Erwin Teufel **Spitzenkandidat**

Mit 94 Prozent der Stimmen wurde Erwin Teufel zum Spitzenkandidaten der CDU für die kommende Landtagswahl im Frühjahr 2001 gewählt. Für den Landesvorsitzenden stimmten 331 Delegierte, 22 votierten gegen ihn, und drei enthielten sich. „Das ist ein wirklich sehr gutes Ergebnis“ kommentierte Generalsekretär Volker Kauder die Wahl.

Die Landes-CDU war am 23. September zu ihrem 41. Landesparteitag in Villingen-Schwenningen zusammengekommen. Im Mittelpunkt stand dabei eine achtzig-minütige Rede des Landesvorsitzenden, die ab sofort im Internet

[http://](http://www.cdu.org)

www.cdu.org

heruntergeladen werden kann. Darin hat Erwin Teufel massiv die Steuer- und Finanzpolitik der Bundesregierung angegriffen und eine offensichtliche Benachteiligung der süddeutschen Bundesländer kritisiert. Er präsentierte sich den Delegierten als angriffslustig und politisch „hungrig“, wie am Rande die Junge

Union-Landesvorsitzende Edith Grupp bemerkte. Teufel umriß die enormen Zukunftschancen des Landes und warb für ein modernes und menschliches Baden-Württemberg.

Das Land sei Bildungsland Nummer eins. Teufel sagte, wo Baden-Württemberg im Jahr 2010 stehen soll: in allen Schlüsseltechnologien „an der Spitze des Fortschritts“, denn „Baden-Württemberg ist die Zukunftswerkstatt. Hier wird Zukunft produziert!“ Gottlieb Daimler und Bill Gates hätten als Garagenunternehmer angefangen. „Unsere Unternehmer sollten die gleichen Chancen haben“. Doch bei allem Fortschritt dürfe man, so Teufel, niemanden in der Gesellschaft vergessen oder aufgeben. „Wir nehmen alle mit. Wir sind ein Land, in dem auch die Leistungsschwächeren Lebenschancen haben; in dem die älteren Menschen nicht an den Rand geschoben werden, sondern mitten in der Gesellschaft stehen und noch viele nützliche Dinge tun.“

Der Parteitag dankte ihm die kämpferische und visionäre Rede mit stehenden

Ovationen und minutenlangen „Erwin, Erwin!“-Rufen. Der Start in den Wahlkampf ist Erwin Teufel bravourös geglückt.

Neben der Spitzenkandidatur wurden auch Anträge beschlossen, nach denen unter anderem die Bundesregierung sich beim österreichischen Volk offiziell für die widerrechtlichen Sanktionen gegen die Wiener Regierung entschuldigen soll.

”

„Früher haben die Grünen die Kröten geschützt, heute schlucken sie jede Kröte!“

Erwin Teufel

Einhellig wandte sich der Parteitag gegen die jüngsten Pläne der Deutschen Bahn, nach denen zentral bedeutungsvolle Interregio-Strecken in Baden-Württemberg stillgelegt werden sollen. Die CDU setzt sich nachdrücklich für den Erhalt der Strecken Karlsruhe-Villingen-Konstanz sowie Stuttgart-Ulm-Lindau ein.

UD

Klares Ja zu **kürzerer** Gymnasialzeit

Ein klares Bekenntnis zum achtjährigen Gymnasium hat die CDU Saar auf ihrem 51. Landesparteitag am 23. September in Oberthal abgelegt. Zugleich betonte sie ihre Verantwortung für die beruflichen Schulen und Hochschulen im Saarland.

Auf eine Qualitätsverbesserung der Bildungsstruktur in allgemeinbildenden Schulen und die Stärkung der Mehrsprachigkeit der Schüler wurde dabei besonderer Wert gelegt. Auch müsse die zunehmende Einbindung neuer Medien in die Schulen schnell vorangerieben werden.

Peter Müller: Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und die Wahlversprechen eingelöst

Im Rahmen einer ersten Bilanz seiner Regierung im Saarland stellte Peter Müller fest, dass das Saarland auf dem richtigen Weg in die Zukunft ist. „Wir haben Wort gehalten,“ rief Müller den Delegierten zu. Die CDU Saar habe ihre landespolitischen Hausaufgaben

gemacht und ihre Wahlversprechen eingelöst. Man habe hart gearbeitet, bleibe dabei glaubwürdig und sei nah an den Menschen und ihren Sorgen. Er ermahnte aber gleichzeitig dazu, weiterhin mit Besonnenheit Politik zu machen: „Wir haben keinen Grund, selbstzufrieden zu sein - aber wir haben allen Grund, selbstbewusst zu sein.“

Der saarländischen SPD warf Müller intellektuelle Schizophrenie vor. Die CDU-Landesregierung habe eine bessere Opposition verdient.

Bundespolitisch ging Peter Müller auch hart mit der rot-grünen Bundesregierung ins Gericht: Weg mit der Ökosteuer, die nicht auf ökologische Lenkungseffekte angelegt ist, Nachbesserungen bei der Sicherung des Rentensystems, mehr Generationengerechtigkeit, ein die Zuwanderung unter Einbeziehung der Asylbewerber regelndes Einwanderungsgesetz und eine stärkere Beteiligung der Bevölkerung an politischen Beschlüssen waren nur einige der Positionen, die Müller vor der vollbesetzten Halle ansprach.

Auch CDU-Fraktionschef Peter Hans legte die Schwächen der SPD-Opposition offen und schilderte die bisherigen Erfolge der Landtagsfraktion.

Am Nachmittag wurde nach den Wahlen der Delegierten für Landesparteitag und Bundesausschuss der Leittrag „Aufsteigerland Saarland - Vorrang für Bildung“ diskutiert.

Das Mega-Thema Bildung wird auch in den nächsten Jahren wichtiger Schwerpunkt

Der Vorsitzende des Landesfachausschusses Bildung, Stephan Toscani, MdL, stellte den Delegierten den Leittrag vor. Bildung sei für die CDU Saar das Mega-Thema, und man werde auch in den kommenden Jahren hier einen wichtigen Schwerpunkt setzen.

Während im ersten Regierungsjahr die Qualitäts-offensive an den allgemeinbildenden Schulen im Mittelpunkt gestanden habe, werde man sich jetzt der Verbesserung der Qualität der beruflichen Bildung widmen.

Hamburger CDU qualifiziert politischen Nachwuchs

In Kürze soll in der Hansestadt ein bundesweit einmaliges Qualifizierungskonzept für den politischen Nachwuchs beginnen. Einzelheiten des bereits vor einigen Jahren entworfenen Programms will der CDU-Landesvorstand demnächst beschließen.

Ermöglicht wird die Verwirklichung dieses „Trainee-Programms“ durch eine Spende des früheren Landesvorsitzenden und Parlamentarischen Staatssekretärs Jür-

TIPP FÜR DIE PARTEIARBEIT

gen Echternach. Dieser hatte in einem Brief an den Landesvorstand das Angebot gemacht, einen Betrag von 500.000 DM für die politische Aus- und Fortbildung junger Menschen zur Verfügung zu stellen. Aus den Erträgen dieses Kapitals sollen die jährlichen Kosten für die Qualifizierung finanziert werden.

Wie er in seinem Brief schreibt, sei er besorgt, dass es immer schwerer werde, qualifizierten Nachwuchs für die politische Arbeit zu gewin-

nen. Er möchte deshalb einen Beitrag dafür leisten, qualifizierte und charakterlich geeignete junge Menschen zur Mitarbeit zu bewegen und ihnen den Weg in die politische Verantwortung zu ebnen.

Das Projekt umgehend in Angriff nehmen

Der Landesvorstand hat dieses Angebot mit großer Freude angenommen und will umgehend die Realisierung des Projektes in Angriff nehmen. Der Landesgeschäftsführer ist beauftragt worden, zur nächsten Sitzung des Landesvorstandes ein de-

Beschleunigung

■ Das vom hessischen Justizminister zu Beginn seiner Amtszeit gestartete Konzept, die sogenannten „beschleunigten Verfahren“ deutlich auszubauen, greift. Christean Wagner: „Ich freue mich, dass wir 1999 mit einem Anteil von knapp 7 Prozent dieser Verfahren an allen amtsgerichtlichen Verfahren einen großen Schritt nach vorne machen konnten.“

tailliertes Konzept für das erste Programmjahr 2001 vorzulegen. An der Auswahl der Kandidaten und an der Umsetzung des Programms wird die Junge Union Hamburg beteiligt, die das Vorhaben unterstützt.

Das Projekt, das in seinen Grundzügen unter Mitwirkung eines für die Wirtschaft tätigen Personalberaters erarbeitet worden ist, dürfte für die politischen Parteien in Deutschland innovativen Charakter haben. Es soll sowohl Seminare als auch Praktika enthalten, u.a. in den Bereichen Zeitgeschichte, politische Ideenlehre und moderne Kommunikation.

Nur sechs Neulinge

■ Zur Landtagswahl 2001 wird die rheinland-pfälzische CDU überwiegend mit bereits dem Landtag angehörenden Kandidaten antreten. Nach Aufstellung der letzten Bezirksliste in Trier gibt es auf den 42 Bewerberplätzen nur 6 Neulinge. Bezirksspitzenkandidat wurde der CDU-Landesvorsitzende und Vorsitzende der Landtagsfraktion, Christoph Böhr.

Der CDU- Seemannsrucksack

Ob gelb oder blau – der Rucksack ist für jede Gelegenheit ein praktischer Begleiter. ■ Für Strand, Sport, Sauna oder auf Reisen macht er sich einfach unentbehrlich. ■ Der Seemannsrucksack ist so geräumig, dass bequem Sportschuhe, Tennisschläger und Sportbekleidung in ihm Platz finden. ■ Der Rucksack ist aus strapazierfähigem, robustem und wasserabweisendem Nylonstoff genäht. ■ Der rückwärtige Gurt ist gepolstert, eine Innentasche mit Handyfach sorgt für ein schnelles Wiederfinden der Kleinutensilien. ■ Die Ton-in-Ton-Stickerei unseres „CDU“-Logos verleiht diesen farbenschönen Rucksäcken eine elegante Note.



Seemannsrucksack „gelb“

Bestell-Nr.: 9662

Preis je Exemplar:

34,00 DM

Seemannsrucksack „blau“

Bestell-Nr.: 9661

Preis je Exemplar:

34,00 DM

NEU! NEU! NEU!



PIN CDU-Digits

Als neues Kleinwerbemittel wird der neue Ansteckpin unser Gesamtangebot ergänzen.

■ Der Pin „CDU-Digits“ bringt unser aktuelles Logo in den Vordergrund. ■ Er ist nur 25 mm groß und lässt sich leicht an jede Kleidung stecken.

Bestell-Nr.: 9440

Preis je 100 Stück: 35,00 DM

UD

2600-5-42720AKV

169/ 57 · 29/2000
G 8457Union Betriebs
Postfach 1190
53348 Rheinba
PVSt, Deutsche
Entgelt bezahltKonrad Adenauer Stiftung e.V.
Postfach 12 60

53730 Sankt Augustin

WEG MIT DIESER ÖK.O.STEUER

V.I.S.D.P.: CDU-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE, HA ÖFFENTLICHKEITSARBEIT, KLINGELHÖFERSTRASSE 8, 10785 BERLIN · 25/0900 · Bestell-Nr. 9684

**Der neue Aufkleber zur Ökosteuern
jetzt auch in Größe XXL
im Format 42 cm x 12 cm.**

- Eignet sich besonders gut für den Einsatz an Lkws, Bussen etc.
- Aufkleber „Weg mit der ÖK.O.-Steuer“ XXL
Bestell-Nr.: **9865**
Preis je 100 Expl.: 45,00 DM

**BESTELL-
ANSCHRIFT**

IS-Versandzentrum
Postfach 1465
59306 Ennigerloh
Telefax 02524/911310
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de